

## Chronologie der Ereignisse in Rwanda 1990-1994<sup>1</sup>

**1. Oktober 1990** Angriff von Exilwandern von Uganda aus, die angreifende Gruppe nennt sich FPR (Front Patriotique Rwandais, Rwandische Patriotische Front), am 31. Oktober 1990 wird in Rwanda Kriegsende gefeiert, daher der Name "Oktoberkrieg", aber der Krieg wird noch lange dauern.

4.10. vermutlich als Angriff der FPR getarnter Scheinangriff durch die rwandischen Armee in Kigali.

Entsendung von 300 französischen Fallschirmjägern und 480 belgischen Soldaten nach Rwanda; bald danach folgen 500 zairische Soldaten.

17.10. Treffen der ugandischen, zairischen, tanzanischen und rwandischen Präsidenten in Mwanza (Tanzania).

20.11. Beginn von Verhandlungen in Goma (Zaire) zwischen fünf Vertretern der FPR und fünf des Regimes Habyarimanas mit Beobachtern aus Burundi, Uganda und Zaire.



<http://www.vidiani.com/?p=9639>, review 1.09.2012

<sup>1</sup> Die folgenden Informationen sind offiziellen Dokumenten entnommen oder basieren vorrangig auf Nachrichten des französischen Senders "Radio France Internationale, RFI" und der Nachrichtenagentur Agence France Press (AFP).

**Januar 1991** Zahlreiche Morde gegen Angehörige der Batutsi-Minderheit im Norden des Landes.

23.1. Vordringen der FPR in Richtung Gisenyi und Ruhengeri; mehrtägige Besetzung Ruhengeris, Befreiung der dort inhaftierten politischen Gefangenen.

Feb. 1991 In Dar-es-Salaam (Tanzania) verkündet die rwandische Regierung, die Rechte der Flüchtlinge auf eine freiwillige Rückkehr in ihre Heimat anzuerkennen.

29.3.91 Vereinbarung eines Waffenstillstandes zwischen Regierung und FPR in N'Sele (Zaire).

**Januar 1992** Beginn von Friedensverhandlungen in Paris.

3.3. Extremisten töten in Kanzenze ca. einhundert Angehörige der Batutsi als Reaktion auf eine Sendung von Radio Rwanda, die eine bevorstehende Liquidierung der Bahutu-Elite durch die anrückende FPR ankündigt.

16.4. Bildung der ersten Übergangsregierung unter Ministerpräsident Dismas Nsengiyaremye (MDR) unter Beteiligung der Parteien MRND, MDR, PL, PSD, PDC.

Juni 1992 Übernahme der Kontrolle der nordrwandischen Präfektur Byumba durch die FPR. Entsendung zusätzlicher französischer Soldaten, deren Zahl jetzt über 600 beträgt. Frankreich versorgt die Regierung weiterhin mit Waffen und Munition aus Ägypten und Südafrika.

Im Vorfeld der Pariser Verhandlungen erklären sich die wichtigsten Oppositionsparteien mit den Zielen der FPR einverstanden, verurteilen aber die Mittel, mit denen die FPR ihre Ziele erreichen will.

10.6. Beginn neuer Verhandlungen in Tanzania; eine Verfassungsänderung ermöglicht ein Mehrparteiensystem, in der Folge Legalisierung der Oppositionsparteien MDR, PL, PSD, PDC und einiger kleinerer Parteien.

12.7. Beginn von Friedensverhandlungen in Arusha, Waffenstillstand zwischen FPR und rwandischer Regierung (1. Arusha-Abkommen), die Kämpfe gehen sporadisch weiter. Die OAU setzt eine Gruppe von afrikanischen Militärbeobachtern (GOMN - Groupe d'Observateurs Militaires Neutres) ein, die die Grenzen sichern, d.h. erneute Angriffe von Uganda aus verhindern sollen. Ca. 400.000 Menschen, die seit 1990 vor den Kämpfen geflohen sind, leben in Flüchtlingslagern in Rwanda.

18.8. Modalitäten der Etablierung eines Rechtsstaates nach Beendigung der Kampfhandlungen zwischen Regierung und FPR unterschrieben (2. Arusha-Abkommen).

**Januar 1993** Vereinbarung bezüglich der Bildung einer Übergangsregierung unter Teilnahme der FPR (3. Arusha-Abkommen).

7./8.2. 1993 Immer wieder kommt es zur Ermordung besonders von Batutsi, nach dem Mord an mehreren Hundert Personen erfolgt ein Großangriff der FPR in Ruhengeri und Byumba, eine große Fluchtbewegung Richtung Kigali, ca. eine Million Rwander und Rwanderinnen sind auf der Flucht.

25.2. Beginn neuer Verhandlungen zwischen FPR und den rwandischen Oppositionsparteien in Burundi. Die rwandische Regierung verzichtet auf eine Teilnahme.

5.3. Vereinbarung eines neuen Waffenstillstandes zwischen FPR und der rwandischen Regierung in Tanzania.

22.6. Entsendung einer UN-Mission (MONUOR - Mission d'Observation des Nations Unies Ouganda-Rwanda) nach Uganda, sie soll kontrollieren, daß keine Waffenlieferungen für die FPR über Uganda in den Norden Rwandas erfolgen.

Juli 1993, Bildung der zweiten Übergangsregierung unter Ministerpräsidentin Agathe Uwilingiyimana (MDR) mit Beteiligung der Parteien MRND, MDR, PL, PSD, PDC.

4.8. Abschluß des Friedensvertrags von Arusha, Beteiligung der Parteien MRND, MDR, PSD, PL, PDC sowie der FPR, wichtigste Ergebnisse: Bildung einer erweiterten Übergangsregierung mit der FPR, vorgesehen spätestens bis Ende Dezember 1993, Bildung einer gemeinsamen Armee aus 40% FPR-Soldaten und 60% Soldaten der Forces Armées Rwandaises (FAR); Faustin Twagiramungu (MDR) wird namentlich als Ministerpräsident designiert, später allerdings durch Gerichtsbeschluß aus seiner Partei ausgeschlossen.

5.10. laut Beschluß des UN-Sicherheitsrates (Resolution Nr. 872) nehmen Blauhelm-Soldaten im Dezember 1993 ihre Tätigkeit in Rwanda auf (MINUAR - Mission des Nations Unies pour l'Assistance au Rwanda); Aufgaben sind, den Frieden zu sichern, die Einsetzung der erweiterten Übergangsregierung zu unterstützen, später bis zur Durchführung demokratischer Wahlen in 1995 die Übergangsphase zu sichern.

21.10. Versuch eines Militärputsches in Burundi, der erste demokratisch gewählte Präsident Melchior Ndadaye und hohe Politiker werden ermordet, darauf Aufstand der Bevölkerung, der vom Batutsi-dominierten Militär brutal niedergeschlagen wird, ca. 50.000 bis 100.000 Menschen werden ermordet, 700.000 fliehen, davon ca. 350.000 in den Süden Rwandas.

28.12. FPR-Politiker ziehen, begleitet von 600 FPR-Soldaten und belgischen Blauhelm-Soldaten, zur Bildung der erweiterten Übergangsregierung in das Parlamentsgebäude in Kigali ein.

**Januar - März 1994** mehrere Versuche, eine Regierung unter dem designierten Ministerpräsidenten Faustin Twagiramungu (MDR) zu bilden, scheitern wegen Streitigkeiten innerhalb der Parteien MDR und PL, Boykottierungsversuche von allen Beteiligten, die Regierung wird vom Ausland, von den UN, von der Weltbank gedrängt, endlich eine neue Regierung einzusetzen; der einzige, der vereidigt wird, ist der Präsident Juvénal Habyarimana.

21.2. Ermordung von Félicien Gatabazi (Minister für Öffentliche Arbeiten und PSD-Generalsekretär), der eine Zusammenarbeit mit der FPR befürwortete; am nächsten Tag wird Martin Bucyana (CDR-Vorsitzender), der für den Mord verantwortlich gemacht wird in Mbazi, Butare, gelyncht.

**6. April 1994** Abschluß des aus Dar-es-Salaam kommenden Flugzeugs Falcon 50: Präsident Juvénal Habyarimana, Burundis Präsident Cyprien Ntaryamira, der Oberbefehlshaber der rwandischen Armee, mehrere Politiker (auch der ehemalige Botschafter in Bonn, Juvénal Renzaho) und die französische Equipage finden den Tod.

7.4. Die Präsidentengarde ermordet Politiker der ehemaligen Oppositionsparteien wie die Ministerpräsidentin Agathe Uwilingiyimana, außerdem 10 belgische Blauhelmsoldaten; die

Jugendmilizen der MRND (Interahamwe) und der CDR (Impuzamugambi) ermorden zahlreiche Batutsi und Mitglieder der ehemaligen Oppositions-Parteien.

7.4., 16 Uhr: die 600 FPR-Soldaten verlassen das Parlamentsgebäude und greifen in die Auseinandersetzungen ein.

8.4. Die FPR greift in der Präfektur Byumba an.

Am Nachmittag wird eine "Interimsregierung" gebildet, Präsident: Théodore Sindikubwabo, MRND, bisher Präsident der Nationalversammlung, Ministerpräsident: Jean Kambanda, MDR;

Radio-Télévision Libre de Mille Collines sendet weiterhin Hetzparolen und Aufforderungen zum Mord, zahlreiche Batutsi und Bahutu-Intellektuelle, besonders aus dem Süden, werden ermordet;

zahlreiche Menschen flüchten vor den brutalen Massakern in Stadien, Hotels, Kathedralen, Missionsstationen und Pfarreien.

9.4. Der UN-Sicherheitsrat beratschlagt über die Situation; Belgien, Frankreich, USA, Deutschland und andere Staaten evakuieren ihre Bürger, die rwandischen Mitarbeiter in den Projekten müssen im Land bleiben.

11.4. Die FPR greift Kigali an;

der Präsident von Tanzania Mwinyi versucht, zwischen den Parteien zu vermitteln, es werden in der Folge verschiedene Treffen vorgeschlagen, die nicht zum Erfolg führen.

13.4. Wegen der aggressiven Haltung gegenüber belgischen Blauhelmen und Bürgern zieht Belgien seine Blauhelm-Soldaten (450 von insgesamt 2.500) ab und vertritt im UN-Sicherheitsrat, die Ansicht, die Anwesenheit der Blauhelme in Rwanda sei zwecklos.

21.4. Der UN-Sicherheitsrat beschließt in der Resolution Nr. 912, die Zahl der Blauhelme auf 270 zu reduzieren, tatsächlich verbleiben 450.

23.4. Auch in Butare im Süden werden zahlreiche Menschen massakriert, inzwischen finden im ganzen Land Pogrome statt.

1. Maiwochenende 1994, innerhalb von 24 Stunden flüchten ca. 250.000 Menschen nach Tanzania, in Benako entsteht das (zu diesem Zeitpunkt) größte Flüchtlingslager der Welt. Die Zahl der durch die Milizen und die rwandische Armee brutal Ermordeten wird auf 200.000 bis 500.000 Menschen (Frauen, Männer und Kinder) geschätzt; die Rwander fliehen in großer Zahl vor den Massakern und auch dem Vorrücken der FPR.

Der UNHCR wirft der FPR Folter und Morde an zahlreichen Rwandern vor.

17.5. Der UN-Sicherheitsrat beschließt mit der Resolution Nr. 918, die Zahl der Blauhelme auf 5.500 zu erhöhen, dies mit einem erweiterten Mandat der Möglichkeit zur Selbstverteidigung.

22.-27.5. Ein Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der UN versucht, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln, um einen Waffenstillstand zu erreichen.

Die FPR nimmt das Militärcamp von Kanombe in der Nähe des Flughafens von Kigali ein.

24./25.5. Außerordentliche Versammlung der UN-Kommission für Menschenrechte in Genf, ein Sonderberichterstatter, René Degni-Segui, Professor für Jura in Abidjan, Elfenbeinküste, wird ernannt; drei Wochen später stellt er in einem Bericht fest, daß die Massaker systematisch vorbereitet wurden und es sich um einen Genozid handle, der von einem internationalen Gerichtshof gerichtet werden müsse.

25.5. Boutros Boutros-Ghali erklärt das Scheitern der Weltgemeinschaft, da sie nicht nachdrücklich genug (politisch und humanitär) auf die Katastrophe in Rwanda reagiere.

2.6. Die FPR nimmt Kabgayi im Zentrum Rwandas ein.

3.6. Mgr. Thaddée Nsengiyumva, Vorsitzender der rwandischen, katholischen Bischofssynode, der Erzbischof von Kigali, Vincent Nsengiyumva, und der Bischof von Byumba sowie zehn Priester werden von FPR-Soldaten in Kabgayi ermordet.

12.6. Die "Interimsregierung" zieht aus Gitarama nach Gisenyi ab. Sie hatte sich selbst ein Mandat für sechs Wochen gegeben, um den Friedensvertrag von Arusha umzusetzen und wieder Ruhe ins Land zu bringen.

15.6. Auf dem 30. Gipfel der Organisation Afrikanischer Einheit in Tunis wird zwischen den Konfliktparteien "Interimsregierung", vertreten durch Sindikubwabo, und der FPR (Pasteur Bizimungu) ein Waffenstillstand geschlossen, der nur wenige Stunden anhält. Frankreich kündigt eine humanitäre Intervention an und erhofft eine Unterstützung durch die europäischen Staaten.

22.6. Der UN-Sicherheitsrat billigt die französische Intervention (Resolution Nr. 929), durch die bis zum Eintreffen der Blauhelm-Soldaten bedrohte Menschen geschützt und Sicherheitszonen eingerichtet werden sollen. Auf Wunsch von Frankreich wird das Mandat bis zum 21. August 1994 befristet.

23.6. Französische Soldaten beziehen Stellung in Goma und Bukavu (Zaire), "Operation Türkis" beginnt, vorgesehen sind: kein Eingreifen in die Kämpfe, möglichst wenig Kontakt mit der "Interimsregierung" und rwandischem Militär, rein humanitäre Aktionen; die FPR lehnt das Eingreifen Frankreichs strikt ab. Franzosen dringen in rwandisches Gebiet ein, nach Kibuye und Cyangugu, schützen die 8.000, meist Batutsi-Flüchtlinge in Cyangugu (Nyarushishi), evakuieren mehrere Hundert Menschen in den Zaire. Sie bitten um internationale Unterstützung, nur der Senegal und Mali schicken einige Zeit später Soldaten.

4.7. Ein Tag vor dem 22. Jahrestag der Machtübernahme durch Habyarimana (5.7.1973) nimmt die FPR die Hauptstadt Kigali, am nächsten Tag auch Butare im Süden ein; der Krieg geht weiter; die Franzosen richten in Gikongoro, Kibuye und Cyangugu eine Sicherheitszone ein, in die sich ca. 1,5 Millionen Menschen flüchten.

5.7. Der designierte Ministerpräsident Faustin Twagiramungu kündigt an, er werde nach dem Arusha-Friedensvertrag innerhalb von 14 Tagen eine Regierung bilden, jedoch ohne diejenigen, die an den Massakern beteiligt waren (die Parteien MRND, CDR). Die Franzosen bitten seit Anfang der Operation vergeblich um internationale Unterstützung, es wird scharfe Kritik von verschiedenen Seiten an dieser Operation geäußert.

10.7. Ministerpräsident Edouard Balladur trägt dem UN-Sicherheitsrat vor, die Blauhelme müßten rechtzeitig bei Rückzug Frankreichs eintreffen, dies wird nicht gesichert sein.

14.7. Die FPR nimmt Ruhengeri im Nordwesten ein, eine große Fluchtbewegung in den Zaire beginnt, die "Interimsregierung" flieht teilweise nach Cyangugu, Frankreich erklärt sie zu unerwünschten Personen, fordert die Einberufung des UN-Sicherheitsrates, die "Interimsregierung" weicht in den Zaire aus. Der UN-Sicherheitsrat fordert einen sofortigen bedingungslosen Waffenstillstand.

15.7. Die USA erkennen die rwandische "Interimsregierung" nicht mehr an, sie schließen die rwandische Botschaft in Washington und fordern, daß der Vertreter Rwandas im Weltsicherheitsrat abgesetzt wird.

Die FPR kündigt die Einsetzung einer neuen Regierung an.

Ca. 350.000 Menschen sind bereits in der Region von Goma angekommen, es werden bis zu 900.000 erwartet.

17.7. Die FPR zieht in Gisenyi ein, ein Volk zieht aus seinem Land aus, ca. eine Million Flüchtlinge befinden sich im Zaïre.

Die FPR benennt Pasteur Bizimungu (bisher bei der FPR zuständig für Information, 1990 aus Rwanda geflüchtet, bis dahin Direktor von Electrogaz) als Präsidenten, Faustin Twagiramungu (MDR) als Ministerpräsidenten, die Regierung soll am 19.7.1994 eingesetzt werden, das Parlament vier Wochen später, Wahlen werden fünf Jahre später angesetzt.

18.7. Die FPR erklärt das Ende des Krieges und einen einseitigen Waffenstillstand, die Menschen fliehen zu Tausenden in den Zaïre nach Goma; die Flucht aus der von den Franzosen kontrollierten Sicherheitszone nach Bukavu (Zaïre an der Südspitze des Kivu-Sees beginnt).

19.7. Die Regierung wird eingesetzt und Anfang August ergänzt, insgesamt 21 Regierungsposten, Präsident: Pasteur Bizimungu (FPR), Vizepräsident: der Oberbefehlshaber der FPR, Paul Kagame, gleichzeitig Verteidigungsminister, Ministerpräsident: Faustin Twagiramungu (MDR); die FPR besetzt insgesamt neun Posten, die MDR vier (Ministerpräsident, Außenministerium, Informationsministerium und Ministerium für Primar- und Sekundarschulen), Liberale Partei und Sozialdemokraten drei und die Christdemokraten einen Posten. Justizminister wird der unabhängige frühere Generalstaatsanwalt A.M. Nkubito.

20.7. Inzwischen sind schätzungsweise 1,5 Mio Menschen in Goma, ca. 500.000 in Bukavu, es gibt riesige Versorgungsprobleme, kein Wasser, keine Nahrung, zu wenig Medikamente. Das Karussell der humanitären Hilfe beginnt, sich zu drehen.

21.7. Die Cholera grassiert, mehrere Hundert Menschen sterben pro Tag.

22.7. 2.000 bis 3.000 Tote wurden an einem einzigen Tag begraben; die internationale Gemeinschaft mobilisiert sich, Bill Clinton kündigt ein umfangreiches Sonderhilfsprogramm für die Flüchtlinge an und erklärt, damit die Regierung in Rwanda anerkannt werden kann, müsse sie auf einem breiten nationalen Konsens basieren und zur Versöhnung beitragen; Boutros Boutros-Ghali appelliert an alle Staaten, alle ihnen möglichen Mittel für die rwandischen Flüchtlinge aufzubringen.

23.7. Die USA beginnen mit einer Abwerf-Aktion von Nahrungsmitteln über Rwanda, diese Aktion sollte über mehrere Wochen lang permanent durchgeführt werden; die Aktion wird von Hilfsorganisationen heftig kritisiert und nach wenigen Stunden beendet.

26.7. Die USA kündigen an, sie würden eine humanitäre Aktion in Kigali beginnen, mit dem Einsatz von 2000 US-Soldaten, die Basis solle deswegen Kigali sein, damit die Flüchtlinge nach Rwanda zurückkehren.

Zahlreiche Organisationen entsenden Wasseraufbereitungsanlagen und Nahrungsmittel nach Goma, in der Sicherheitszone der Franzosen ist wegen der mangelnden Versorgung mit Nahrung die Situation noch prekärer als in Goma.

Treffen von Präsident Mobutu (Zaire) und Bizimungu auf Mauritius, Mobutu sichert zu, die rwandische Armee auf seinem Territorium zu entwaffnen und jede politische und militärische Aktion des rwandischen Militärs und der "Interimsregierung" von Zaire aus zu unterbinden.

28.7. Offensichtlich sind sich die USA nicht einig über ihren Einsatz, die Angaben über Zahl der Militärs und ihren Einsatzort ändern sich täglich.

Kanada wird 350 Soldaten zur Wiederinstandsetzung des Flughafens entsenden.

Großbritannien folgt mit 500 Soldaten, außerdem ist der Einsatz von australischen und ghanaischen Blauhelm-Soldaten vorgesehen.

30.7. Die "Interimsregierung" im Exil in Zaire reorganisiert sich, ebenso die rwandische Armee. Regierung und Milizen behindern Menschen, die zurückkehren wollen.

Es herrschen katastrophale Bedingungen in den Lagern, nach Cholera nun die Ruhr, ein Riesenaufgebot an Hilfsorganisationen, weltweit wird für Rwanda gespendet.

31.7. Eine erste Gruppe von 60 Amerikanern trifft in Kigali ein, sie sollen rein humanitäre Aufgaben erfüllen, vorgesehen ist ein Kontingent von 4000 US-Soldaten.

Die Zahl der Toten in Goma wird auf 20.000 geschätzt, die meisten sterben aufgrund von physischer Erschöpfung und wegen Dehydrierung. Ca. 70.000 Flüchtlinge sind bisher nach Rwanda zurückgekehrt.

Ein Teil der französischen Soldaten wird abgezogen, es verbleiben etwa 900 Soldaten in der Sicherheitszone.

2.8. Bei einer Konferenz der Vereinten Nationen in Genf sollten 435 Mio US-Dollar für die Flüchtlingshilfe durch UN-Mitgliedstaaten erbracht werden, es kamen nur 137 Mio.US-Dollar, zugesagt von 60 Regierungen zusammen.

3.8. Twagiramungu erklärt in einem Interview mit "Le monde", es handele sich um etwa 32.000 Personen, ohne die Milizen, die an der Planung und Durchführung des Völkermords beteiligt waren und die verurteilt werden müßten.

4.8. Die Flüchtlinge kehren trotz zahlreicher Appelle nur sehr zögerlich zurück, es heißt immer wieder, es gäbe gegenüber Zurückkehrenden Strafaktionen. Diese werden von der neuen Regierung bestritten.

7.8. Ca. 60.000 Batutsi sind nach dreißig Jahren Exil nach Rwanda zurückgekehrt. Zahlreiche leerstehende Häuser und Geschäfte in Kigali werden von ihnen übernommen.

10.8. Die rwandische Regierung besucht Gisenyi und führt Gespräche mit Amtsträgern im Zaire bezüglich einer Rückkehr der Flüchtlinge.

Der UN-Sicherheitsrat fordert alle Parteien auf, die Rückkehr der Flüchtlinge zu ermöglichen, die "Interimsregierung" im Zaire solle aufhören, die Flüchtlinge aufzuhalten.

In Burundi wird die Situation immer angespannter, Extremisten beider Lager stiften durch Angriffe, Morde und Blockaden u. ä. Unruhe.

11.8. Nach verschiedenen Auseinandersetzungen in den Flüchtlingslagern (rwandische Militärs erschießen Rückkehrwillige), kommt es nach der Ermordung eines Flüchtlingsmädchens durch zairische Soldaten zu Demonstrationen von mehreren Hundert Personen.

Die Hilfsorganisationen unterbrechen mehrmals die Verteilung von Lebensmitteln.

14.8 Vertreter der neuen Regierung besuchen zum erstenmal die Sicherheitszone in Kibuye, später auch in Gikongoro und Cyangugu und bemühen sich, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß sie ohne Furcht - auch nach Abzug der Franzosen - dort verbleiben können.

18.8. Einer der Hauptaktionäre des Propagandasenders "Freies Radio-Fernsehen der Tausend Hügel", Félicien Kabuga, wird mit seiner Frau und sieben Kindern aus der Schweiz als unerwünschte Person in den Zaïre ausgewiesen.

21.8. Etwa 50.000 Menschen sind aus der Sicherheitszone nach Bukavu geflohen, zeitweise hat Zaïre die Grenze geschlossen.

Nach Abzug der Franzosen übernehmen 600 ghanaische und 800 äthiopische Blauhelme die Sicherung der Zone. Die Soldaten aus dem Senegal und aus Mali, die Frankreich unterstützten, werden in das Blauhelmkontingent integriert, ca. 2.000 Blauhelme sind somit in Rwanda.

Von der Regierung wird bestätigt, daß es von seiten der FPR "vereinzelte Vergeltungsaktionen" gegenüber der Zivilbevölkerung gegeben hat. Zwei Täter seien bereits hingerichtet worden, 60 stünden unter Arrest.

23.8. Die neue Regierung in Rwanda verstärkt ihre Bemühungen, der verbliebenen Bevölkerung Vertrauen in die Sicherheitslage zu vermitteln.

In den Flüchtlingslagern kommt es immer wieder zu schweren Auseinandersetzungen. Die Lebensbedingungen in den Lagern sind unmenschlich.

26.8. Die Weltbank sagt für den Wiederaufbau 20 Millionen US-Dollar zu.

Zahlreiche Hilfsorganisationen nehmen Kontakte mit der neuen Regierung auf und prüfen Unterstützungsmöglichkeiten.

Die Regierung verfügt über keine Finanzmittel, da die "Interimsregierung" alle Gelder der rwandischen Banken mitgenommen hat. Sie beginnt mit dem Aufbau einer Verwaltung, die meisten Stellen werden mit Rwändern besetzt, die aus dem Exil zurückkehren.

Es gibt etwa 1000 Gefangene in Rwanda, denen Beteiligung an den Massakern vorgeworfen wird. Der UN-Menschenrechtskommissar setzt eine Kommission ein, die ein internationales Tribunal organisieren soll.

28.8. bis 1.9 Verhandlungen zwischen der Regierung von Zaïre und der Regierung in Rwanda; Ergebnis: die Flüchtlinge sollen bis 30. September den Zaïre "freiwillig" verlassen (Am folgenden Tag dementiert der Vizepremierminister von Zaïre, es handelte sich nicht um ein Ultimatum, sondern um einen Wunsch). Der Justizminister von Zaïre sichert zu, sie würden die rwandische Armee im Zaïre entwaffnen. Die von der FPR gestellte Forderung, auch die aus Rwanda mitgenommenen Gelder und Ausrüstungsgüter zurückgegeben werden, werden nicht erfüllt.

Wöchentlich verlassen etwa 12.000 Personen Rwanda Richtung Tanzania, es wird immer wieder von Exekutionen von seiten der FPR berichtet, die von dieser als Einzelfälle dargestellt werden.

Der Vertreter des Hohen Kommissars für Flüchtlinge, der die Arbeit der Hilfsorganisationen in den Lagern koordiniert, lehnt eine weitere Mitarbeit mit der übereilt und mangelhaft organisierten Hilfe von CARE-Deutschland ab. Das Auswärtige Amt, das die CARE-Aktion mit 1,5 Millionen DM unterstützt hat, verteidigt die Aktionen.

5.9. Mit Zustimmung der MINUAR werden die ersten 150 FPR-Soldaten in der sogenannten Sicherheitszone stationiert.

Insgesamt sind etwa 5.000 Blauhelm-Soldaten im Land.

7.9.1994

Die Menschenrechtsorganisation "Human Rights Watch" stellt fest, daß es in Gitarama drei Massengräber gibt, in die offensichtlich Tote, die von der FPR ermordet wurden, geworfen wurden, auch aus anderen Landesteilen wird immer wieder von Exekutionen berichtet. Sie fordert den UN-Kommissar für Menschenrechte auf, die Fälle zu untersuchen.



Viele Personen verlassen weiterhin das Land Richtung Tanzania, einige kehren aus dem Zaïre zurück.

Der UN-Kommissar für Menschenrechte José Ayala Lasso nominiert den Briten William Clarence zum Verantwortlichen für die Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen in Rwanda. Es sollen insgesamt 147 UN-Beobachter im Land eingesetzt werden.

Mit mehreren Hundert Personen wird in Kigali Erntefest gefeiert, eine Schweigeminute wird für die zahlreichen Toten eingelegt und ... die 3. Republik seit der Unabhängigkeit 1962 wird gefeiert.

Aus: Schürings, H. (Ed): Ein Volk verläßt sein Land. Krieg und Völkermord in Ruanda, Köln 1994